



Grünschnabel

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT

Grüne Liste Büttelborn

Die Skandale der Atomindustrie jagen sich. Eine Stadt ganz in unserer Nähe erlangt dafür immer mehr eine traurige Berühmtheit: Hanau.

Jahrzehntelang konnte vorgegaukelt werden, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie machbar sei. Diese Blühträume sind vorbei:

Der Atommüll kann nicht "beseitigt" werden. Der Mißbrauch von spaltbaren Material für Waffen kann nicht verhindert werden.

Und das passiert jetzt auch noch in Deutschland, wo wir doch so stolz auf unsere Perfektion, Organisation und Unbestechlichkeit sind.

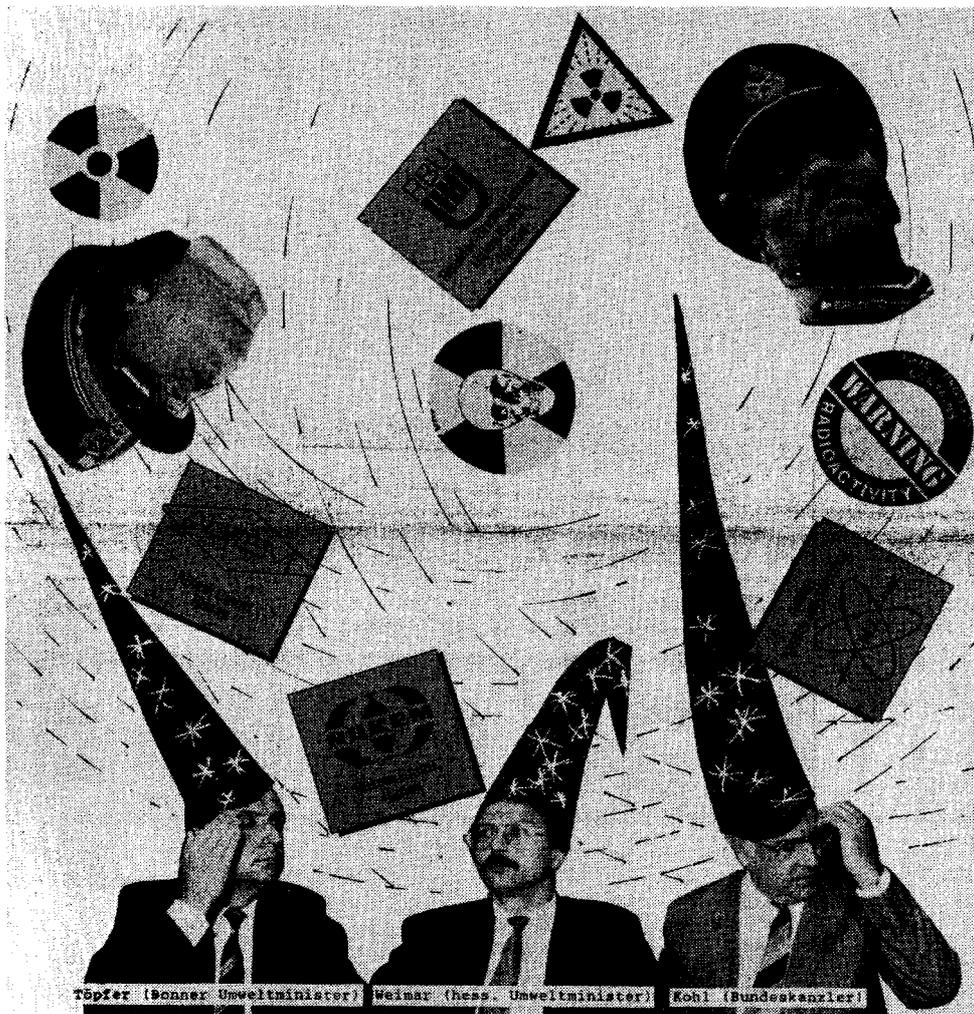
- ein großer Teil der Wähler der hessischer CDU-Regierung bis heute die Konsequenzen noch nicht durchschaut hat, die sich aus der jetzigen Schulpolitik mit dem Slogan "freie Schulwahl" für ihr Kind ergeben.
- die wenigsten Eltern wissen, daß künftig jedes Kind in der 4.Grundschulklasse mit einem Gutachten bewertet wird, mit dem über seinen weiteren Schulbesuch entschieden wird: Gymnasium oder Gesamtschule wird für Büttelborn die Alternative sein. Für diese Jahr muß das Gutachten bis zum 10. Mär:

GRUNDSCHULE

Wie in alten Zeiten: Auslesen nach 4. Schuljahr

erstellt sein (für die folgenden Jahre geschieht dies mit den Halbjahreszeugnissen Ende Januar). Die Eltern müssen nach einer Beratungszeit bis zum 25. April schriftlich ihre Entscheidung mitteilen. Sollten die Eltern, die ihr Kind schon nach der 4. Klasse auf das Gymnasium schicken wollen, mit einer eventuell negativen Eignungsfeststellung ihres Kindes nicht einverstanden sein, so wird nach einem Probeunterricht eine Entscheidung gefällt.

- Eltern von Grundschulern doch sehr betroffen waren, als sie ein Sprecher eines hessischen Gymnasiums knallhart informierte: Es sei nicht Aufgabe des Gymnasiums die Schüler zu fördern, sondern eine "Auslese" zu treffen.



Töpfer (Bonner Umweltminister) Weimer (hess. Umweltminister) Kohl (Bundeskanzler)

Man wieder nach dem alten Rezept. Man will wieder Zeit gewinnen und hofft dadurch, daß die Bevölkerung alles wieder vergißt und sich beruhigt.

Wie weit wollen die Zauberlehrlinge Kohl, Bangemann, Wallmann und Töpfer das "Atom-Spiel" treiben. "Soll das ganze Haus ersaufen?", wie es bei Goethe heißt. Hans wird ihnen bewußt, daß sie nur kleine Gaukler sind und daß es bei der Beherrschung der Atomtechnik den großen Zauberer und Meister garnicht gibt, der am Ende der Ballade den Spuk bannt:

"In die Ecke, Besen! Besen! Seids gewesen! Denn als Geister ruft euch nur zu seinem

DIE

frei nach Goethe

ZAUBERLEHRLINGE

Generationen von Deutsche mußten eine Ballade von Johann Wolfgang Goethe in der Schule auswendig lernen: "Der Zauberlehrling". Darin wird die Geschichte beschrieben, wie eines Tages der große Zauberer und Meister das Haus verläßt und der Lehrling alleine zurückbleibt. Und der nutzt die Gelegenheit, um endlich auch einmal zu zaubern. Er läßt durch einen Besen Wasser vom Fluß für das Bad holen. Am Anfang klappt das auch ganz gut, aber dann kann er den Zauber nicht mehr abstellen. Das ganze Haus wird vom Wasser überflutet. Bis endlich der große Meister kommt und dem Spuk ein Ende macht.
Viele Bilder dieser Ballade lassen sich verblüffend übertragen:

Da glaubten seit den sechziger Jahren viele Wissenschaftler und Politiker und auch wir Bürger, der "Zauber" für die zukünftige Energiegewinnung sei gefunden worden. Die Atomenergie und besonders die Brütertechnik wurde als eine Art "perpetuum mobile" angesehen, das nie die Lichter ausgehen läßt. Dann kamen einige Unfälle, zuletzt in Tschernobyl. Aber die "Zauberlehrlinge" in Politik, Wirtschaft und Technik zauberten fleissig weiter. Entweder verschweigen oder vertuschen oder wenn dies nicht geht: Ein paar starke Worte mehr, noch kompliziertere Kontrolltechnik und ein paar Köpfe rollen lassen. Damit beruhigte man sich und das Volk.
Auch in der neuen Hanauer Affäre "gaukelt"

Zwecke erst hervor der alte Meister."
Nein, es ist sinnlos, auf einen großen Zauberer zu warten, es gibt ihn nicht. Nur wir selbst, wir Bürgerinnen und Bürger könne dem Spuk ein Ende machen- durch unser politisches Engagement.

Joschka Fischer hatte Recht, dafür jetzt keine Macht

Für uns Grüne ist der Hanauer Wahnsinn aus einem anderen Grund besonders schmerzlich: In Hessen haben wir wegen der Skandale um Nukem und Alkem die Teilhabe an der Macht verloren. Gerade weil wir mit Umweltminister Joschka Fischer eine rücksichtslose Verfol-



NULL BOCK

„Wasserlauf“: SPD/CDU gegen Solarbebauung

gung der von dort ausgehenden Korruption und Kriminalität der Atommafia wollten. Uns ist noch heute schmerzlich, wie ein Börner, Steger und Krollmann dies verhindern wollten und die Koalition aufkündigten. Auch heute noch verweigert die SPD im Wiesbadener Landtag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Vorgänge um die Hanauer Atombetriebe durchleuchten soll. Warum hat die Hessen-SPD immer noch Angst? Gibt es Verfilzungen zwischen Atomindustrie, Ministerialbeamten und Genossen in Partei und Gewerkschaften?

Die Gegenwart zeigt, daß wir damals im Recht waren

ARBEITSKREIS KINDERHORT

Arbeitskreis "Kindertagesstätte/Kinderhort - auch in Büttelborn"

In jedem der drei Ortsteile Büttelborns wurden durch Neu- und Umbauten weitere Kindergartenplätze geschaffen. Es fehlen jedoch durchgehende Tagesbetreuungsangebote einschließlich Mittagsversorgung (Ganztagskindergarten/-hort) für Kindergarten- sowie Schulkinder. In einer früheren Sport-, Kultur- und Sozialausschuß-Sitzung äußerten Bürgermeister Gölzenleuchter und zwei Kindergartenleiterinnen auf eine Anfrage der GLB, daß ein Bedarf an durchgehenden Öffnungszeiten für die Kindergärten nicht vorhanden sei. Die Anträge der GLB zum Haushalt 1987 und 1988 zur Planung eines Kinderhortes wurden von der Mehrheit der Gemeindevertreter abgelehnt.

In der jüngsten Sozialausschuß-Sitzung waren Überlegungen im Gange, den derzeit 27 auf den Wartelisten stehenden Kindern den Kindergartenbesuch zu ermöglichen, indem in einem der drei Ortsteile eine Ganztagsgruppe eingerichtet wird (aber nur für Drei- bis Sechsjährige). Wir denken, daß es auch für 6 bis 12-jährige Kinder, deren Eltern berufstätig und/oder alleinerziehend sind, die Möglichkeit einer ganztägigen Kinderbetreuung geben müßte. Auch müßte eine flexiblere Gestaltung der Öffnungszeiten in diesem Sinne diskutiert werden.

Unser Arbeitskreis wird sich weiterhin für die Möglichkeit der ganztägigen Betreuung von Kindern im Alter von 3 bis 12 Jahren einsetzen

Alle Eltern, die daran interessiert sind, wenden sich bitte an
Christa Bauer, Tel. 56273
Karin Fischer, Tel. 3736
Erika Korent, Tel. 40001

Die Erstellung eines Bebauungsplanes für ein Neubaugebiet ist für eine Gemeinde eine wichtige Entscheidung. Denn hiermit werden die Voraussetzungen für die "Heimat" von vielen Bürgern für die nächsten Jahrzehnte und hoffentlich sogar Jahrhunderte festgelegt.

Unter dieser Verantwortung waren wir von der GLB gegen das Baugebiet "Wasserlauf". Es ist jetzt schon arg vom Fluglärm betroffen. Seine Zukunft wird stark von der Zukunft des Frankfurter Flughafens abhängen. Und dieser protzt: "5,3 Milliarden- Investition für 32 Millionen Passagiere im Jahr 1999". Das wird für die Gemeinden um ihn herum zwiespältig sein: Er wird vielen Menschen Arbeit geben, wir können seine Dienstleistungen benutzen. Dafür wird er aber seine Opfer fordern: Er wird eine monopolartige wirtschaftliche Abhängigkeit schaffen und er wird die Siedlungen - besonders die kleinen - mit mehr Fluglärm belasten.

Aber was nützen solche Argumente, wenn das Geld drängt: Die Grundstückseigentümer bildeten eine Interessengemeinschaft machten erfolgreich eine Petition im Landtag und bearbeiteten die beiden großen Parteien vorort. Die Erstellung eines Bebauungsplanes wurde in der Gemeindevertretung von SPD und CDU beschlossen.

Nach dem Motto "Wenn schon, denn schon", wollten wir von der GLB einen zukunftsorientierten Bebauungsplan und forderten ein Energiegutachten für dieses Baugebiet. Die SPD stimmte zu. Das Gutachten kam im Frühjahr 1987 in die Hände der Gemeindevertreter. In ihm wurden verschiedene Heizvarianten durchdiskutiert, besonders im Vergleich von herkömmlichen Heizungssystemen mit einem Blockheizkraftwerk. Der Gutachter empfahl auch eine Solarbebauung. Er stellte zur Nutzung von passiver Solarenergie be-

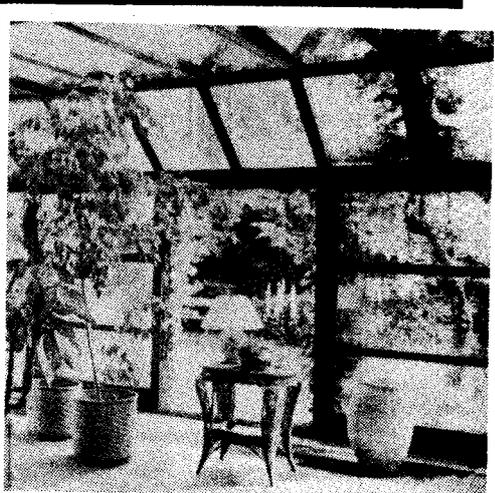
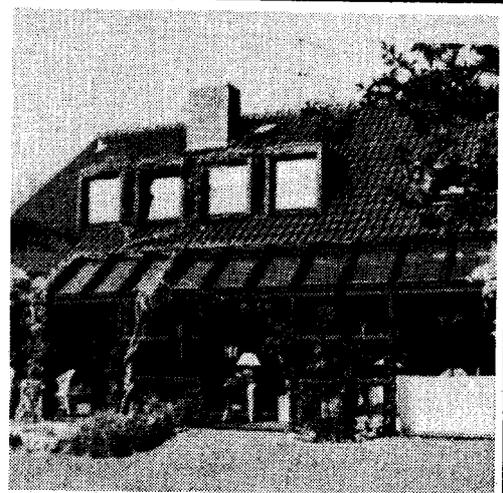
sonders die Anordnung der Häuser in den Vordergrund: So wenig wie mögliche Beschattung der Fenster- und Dachflächen in südlichen Richtungen durch Nachbarhäuser. Eine 20%ige Energieeinsparung wurde vorausgesetzt.

In den Beratungen des Bauausschusses wurde in diesem Zusammenhang schon am 4.6.1986 ein wichtiger Satz protokolliert: "Hinsichtlich der Firstrichtungen bzw. lagemäßigen Ausrichtung der einzelnen Projekte kann erst eine Aussage getroffen werden, nachdem das geplante Energiekonzept für das Baugebiet vorliegt."

Die GLB sah die Entwicklung bis jetzt sehr optimistisch. Aber wir täuschten uns: Innerhalb des bürokratischen Verfahrens wegen zur Erstellung eines Bebauungsplanes ist eine Bürgeranhörung eingeplant. Der Büttelborner Bund für Umwelt und Naturschutz und die "Worfelder Energieinitiative" baten neben der Errichtung eines Blockheizkraftwerkes besonders um die Berücksichtigung der Solarbebauung für die Anordnung der Häuser. In der Gemeindevertretersitzung vom 10. Juni 1987 wurden diese Vorschläge behandelt und von SPD und CDU niedergestimmt. Deren Hauptargument war: Man könne es den Grundstückseigentümern und den Bauwilligen nicht mehr länger zumuten, daß die Planungen verschoben würden. Obwohl laut Verfahrensweg zu diesem Zeitpunkt Änderungen der Planung ohne weiteres möglich sind, denn welchen Sinn hat dann eine Bürgeranhörung.

Moral von der Geschichte:
- Protokollergebnis im Bauausschuß.
- Bürgerbefragung.
- verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Bauleitplanung in Richtung Solarenergie alles eine Farce.
"So schnell wie möglich die Grundstücke verscherbeln!" Das war wichtiger

AUFSONNE



IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt ist die Fraktion der GLB in der Büttelborner Gemeindevertretung.
Text, Bild sowie die graphische Gestaltung haben Peter Best und Martin Gölzenleuchter erarbeitet.
Kontaktadresse: Peter Best, Morantstraße 26, Tel. 54505

DER LANDRAT

LÄßT

MÜLLDEPONIE



DIE PUPPEN TANZEN!

Das Zeitungslernen findet bei mir frühmorgens um 7 Uhr im Zug nach Frankfurt statt. Grund: während der Fahrt findet man dadurch so schön langsam in die Wirklichkeit. Nur an einem Mittwoch vor Weihnachten wurde ich beim Lesen eines Artikels in der Heimat-Zeitung hellwach, anders gesagt: ich regte mich am frühen Morgen schon so richtig auf. Der Artikel hatte die Überschrift: "Die Büttelborner Deponie ist auf den Weg gebracht- Planfeststellung wird eingeleitet- SPD und CDU stimmen dafür, die Grünen dagegen". Nicht dieser Sachverhalt war es, der mein "Blut in Wallung" brachte, sondern ein Satz, den die SPD-Stadträtin Liesel Thurn aus Rüsselsheim und Kreistagsabgeordnete in ihrer Rede zum Schluß bemerkte. "Abschließend dankte sie der Bevölkerung von Büttelborn für das Entgegenkommen.", heißt es dazu lapidar in der Heimatzeitung.

Die Bürger sind dagegen

Mancher wird sich fragen, warum das mich so "heiß" gemacht hat. Ja dazu muß man den Zusammenhang kennen, um eine tiefe Zynik aus diesen Worten herauszulesen: Es wird kaum jemanden in Büttelborn geben, der freiwillig diese Mülldeponie akzeptiert hat und der deshalb Frau Thurn mit einem "Bitteschön, gerngeschehen !" geantwortet hätte. Denn von Anfang an wurde der Standort Büttelborn der Gemeinde mit unfairen Mitteln aufgebürdet, weil sie politisch zu den Schwachen im Kreis zählt. Es gab von seiten des Kreises nie eine Standortsuche noch neuesten Untersuchungsmethoden. Sondern nur Bürger aus Büttelborn ließen aus privater Tasche ein Gutachten

anfertigen, beim dem zu Büttelborn noch ein weiterer Standort (Trebur) gleichrangig festgestellt wurde. Aber ein objektiver systematischer Standortvergleich wurde dann ebenfalls vom Kreis nicht unternommen. Es war von Anfang an Büttelborn und mußte es auch bleiben. Dies konnte aber nur funktionieren, weil die örtliche SPD mit ihrer absoluten Mehrheit das Spielchen mitspielte. Natürlich auch nicht freiwillig, sondern mit schlechtem Gewissen. Aber bei einer Partei wie der SPD, die auch in der Zukunft Karrieren vergibt, ist es ein leichtes den nötigen Druck auszuüben.

SPD kippt um

Wofür sich die Rüsselsheimer Stadträtin so schön bedankte, wurde ihr am 25. September 1987 in einer Gemeindevertretersitzung von ihren Büttelborner Genossen geschenkt. An diesem für Büttelborn denkwürdigen Tag stimmte die absolute SPD-Mehrheit dem Raumordnungsverfahren zur Mülldeponie zu, indem sie dabei den früheren von ihr selbst mitgetragenen Beschluß gegen die Deponie "unterschluckte". Da es den Genossen dabei nicht ganz wohl war, kam es zu einer der "chaotischsten" Gemeindevertretersitzung. In ihrem "Schwachsinn" paßte sie so richtig zu dem Skandal um den Mülldeponiestandort Büttelborn.

SPD ist nervös

Der Journalist von der Frankfurter Rundschau hat damals das Chaos versucht einzufangen:

"... Kritik am Verfahren meldete für die GLB Peter Best an. Unklar sei, über was das

Parlament an diesem Abend überhaupt abstimmen solle. In den Unterlagen zur Sitzung fehle ausgerechnet zu diesem Punkt der Beschlußvorschlag. Gölzenleuchter widersprach ...

Während aus den Reihen der CDU der Ru' ertönte, "das stinkt ja zum Himmel", ließ Gölzenleuchter dann doch an die Gemeindevertreter einen "Beschlußvorschlag" verteilen. Diese Entscheidungshilfe stamme von der Verwaltung, sagte er. ... In dem Papier wurde empfohlen, die Gemeindevertretung solle keinen Einspruch gegen das Abweichungsverfahren erheben, sondern ihre Forderungen und Einwendungen zur Deponie erst im späteren Planfeststellungsverfahren geltend machen.

Die Verteilung der Vorlage stieß indessen erneut auf Unmut bei CDU und GLB. Friede: Engel (GLB) sprach beispielsweise von einem "bösen Demokratieverständnis", weil die Fraktionen nicht zuvor über das Papier hätten beraten können. Gölzenleuchter wies die Kritik mit den Worten zurück: "Macht mich doch keine Dinger".

Nach einer Sitzungsunterbrechung sprach sich CDU und GLB gegen den Beschlußvorschlag aus, weil man damit letztlich auch die Deponie selbst billige. Wenn schon, dann solle man sich die von anderen aufzwingen lassen und noch selbst "Ja" dazu sagen.

Nicht aufgeben

Und wie gehts weiter? Wir von der GLB werden die Planfeststellungsunterlagen - ein Papierblock von 10 cm Stärke - durcharbeiten müssen. Wir werden der Gegenseite die Sache nicht leicht machen. Es geht darum für unsere Gemeinde das Optimum aus der verfahrenen Lage herauszuholen.

KLÄRANLAGE WOHIN?

Die Kläranlagen, die von der Gemeinde Büttelborn in allen drei Ortsteilen betrieben werden, sind überaltert und werden teilweise über ihre Kapazität gefahren. Durch das neu hinzugekommene Neubaugebiete "Wasserlauf" in Worfelden sowie das zukünftige Baugebiet in Büttelborn, kann die erforderliche Reinigungsleistung nicht gewährleistet werden. Es muß also etwas Neues gebaut werden. Für die geplante und in unseren Augen sehr sinnvolle Investition wird man voraussichtlich zwischen 15 und 20 Millionen DM veranschlagen müssen.

Ob es nun eine zentrale Kläranlage für alle Ortsteile geben wird, oder ob es bei der dezentralen Lösung bleibt, ist heute noch nicht eindeutig geklärt; es spricht jedoch einiges für die zentrale Lösung. In unserem Wahlprogramm haben wir uns zwar für die dezentralen Kläranlagen in allen drei Ortsteilen ausgesprochen, aber natürlich ist das für uns kein Dogma.

Entscheidend für uns ist vielmehr, daß

- die Klärleistung stimmt,
- die Landschaft nicht zerstört oder verhandelt wird,
- die Kosten bei der Zentralanlage niedriger sind.

In den Gemeindegremien beginnt die Diskussion um den zukünftigen Standort. Schätzungsweise 2 Hektar Fläche werden dazu gebraucht. Ursprünglich war an eine Erweiterung der alten Kläranlage im Ortsteil Büttelborn gedacht. Ein Vorteil, sie liegt - gemessen an den anderen Ortsteilen - am tiefsten Punkt gleich neben dem Landgraben. Aber es gibt auch gewichtige Nachteile:

- die zentrale Kläranlage würde sich damit in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung befinden. Bei den häufigen West- und Südwestwinden wird es zu einer Geruchsbeeinträchtigung kommen.

- Das Gelände befindet sich in einer Altnecker-Auenlandschaft und ist Bestandteil des Naherholungsgebietes in Büttelborn.

Für diese Wiesen- und Moorlandschaft um den Landgraben ist geplant, sie als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Der Deutsche Bund für Vogelschutz hat darüberhinaus bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz einen Antrag auf "Naturschutzgebiet" laufen. Die Vogelschützer wollen das Naturschutzgebiet "Torfkaute" von der "Otterstadt" bis zur Eisenbahnlinie in Richtung Groß-Gerau Dornberg verlängern.

Aus dieser Sicht stellt sich die Frage: Gibt es alternative Standorte?

Unser Vorschlag: An der geplanten Kreis-
mülldeponie.

In die Landschaft wird dort sowieso auf unverantwortliche Weise eingegriffen.

Auch eine Kläranlage für die Sickerwässer wird dort in Betrieb sein müssen. Obgleich beide Anlagen strikt voneinander getrennt sein sollten, könnten z.B. Betriebsgebäude gemeinsam benutzt werden. Sollte sich herausstellen, daß das Deponiegas verwertbar ist, könnte es zum Betreiben der Kläranlage dienen.

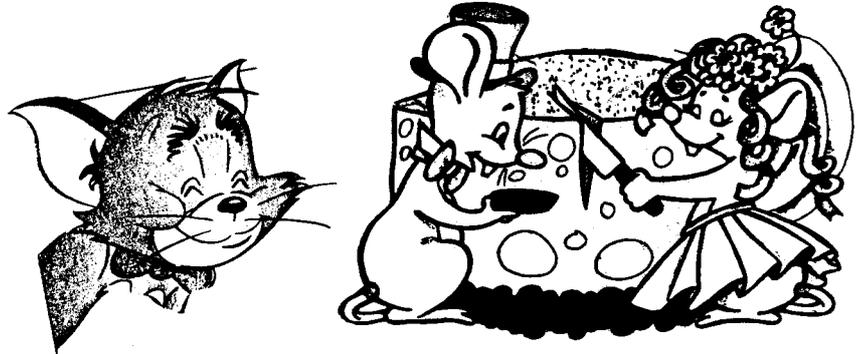
Und nicht zuletzt die Geruchsbelastigung für Büttelborn wäre reduziert.

Dem gegenüber steht der technische Aufwand: Die Abwässer müßten am Büttelborner Landgraben gesammelt zur Mülldeponie gepumpt und nach der Klärung wieder zurück zum Landgraben geführt werden.

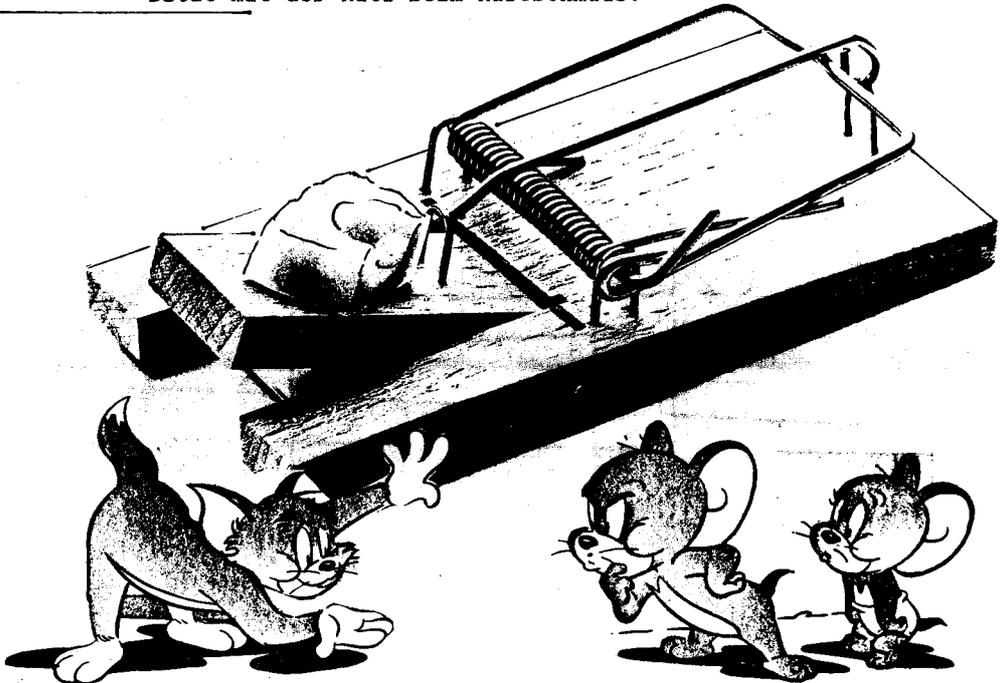
Nur über Modellrechnungen und Kostenvergleich wird man eine Entscheidung treffen können.

Nach unserer Meinung sind aber die Argumente gegen den alten Standort der Büttelborner Kläranlage so stark, daß man sich einen "Alternativ-Standort" etwas kosten lassen sollte.

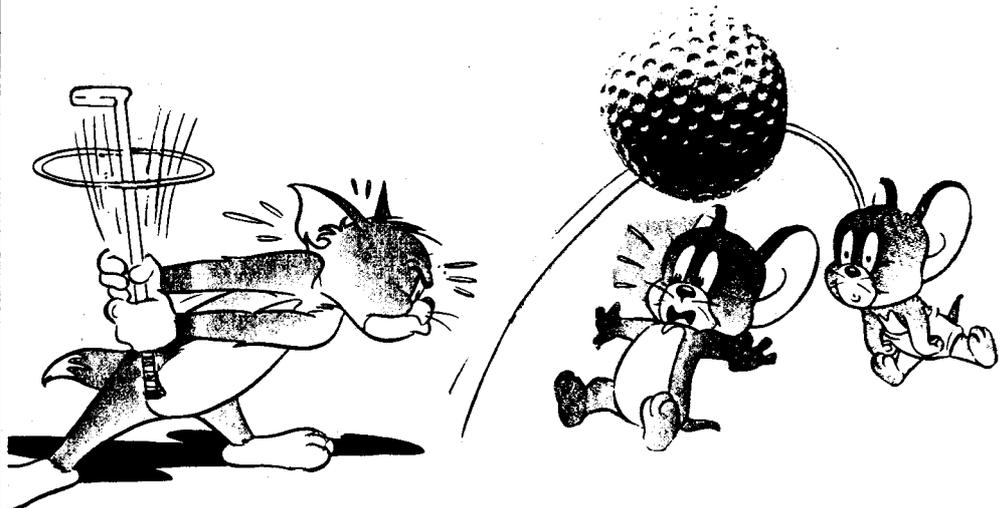
BÜTTELBORNER GOLF-SCHWANK



1. Akt: Die CDU, die schlimme Maus, sitzt mit der Katz beim Käseschmaus.



2. Akt: Mit Käs die Katz zur Falle lockt, doch Grün und Rot dagegen blockt.



3. Akt: Die Golfkatze, mit dem Wutgesicht, droht uns jetzt mit dem Gericht.

**ZUR
MÜLLDEPONIE!**

AUF DEN NEUESTEN STAND GEBRACHT!

In dem Beitrag unseres Grünschnabels "Die Zauberlehrlinge" schrieben wir, daß die Hessen-SPD sich "bis heute" einem Untersuchungsausschuß zum Hanauer Atomskandal verweigert habe. Diese Aussage galt bis zum 20.1.1988, aber da war unsere Zeitung leider schon gedruckt. In der Zwischenzeit ist aber einiges passiert; und dies wollen wir unbedingt noch nachtragen:

Hessen-SPD konnte Untersuchungsausschuß nicht mehr ablehnen

Am Dienstag, den 19.1.88 hatte es noch eine Abstimmungsmehrheit in der SPD-Fraktion gegen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gegeben.

Aber der Druck der Öffentlichkeit war so massiv, daß am folgenden Tag die SPD "in einem Eiertanz sondergleichen erst nach peinlichen Fraktionsberatungen der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wie er seit Monaten von den Grünen gefordert wird, ihre Zustimmung gab. Denn schließlich geschahen jene ungeheuerlichen Machenschaften, mit denen an der atomrechtlichen Kontrolle vorbei bei Transnuklear und Nukem Spaltstoffe verschoben wurden, zu Zeiten einer SPD-geführten Landesregierung..." (so die Frankfurter Rundschau vom 21.1.1988).

Unsere Skepsis

Aber der Einwilligung der SPD, CDU und FDP zu einem Untersuchungsausschuß ist mit Skepsis zu begegnen. Denn bei einem solchen Ausschuß ist es wichtig, was er überhaupt untersuchen soll, nämlich der sogenannte "Untersuchungsgegenstand". Und da wollten die drei Parteien den **Antragsforderungen der Landtags-Fraktion der Grünen vom 18.1.1988** verständlicherweise nicht ganz folgen:

1. Der sogenannte "Nukem- Transnuklear-Skandal".
2. Sicherheitssituation der Hanauer Atomfabriken Alkem, Nukem, RBU und HOBEG sowie ihrer in Hanau ansässigen Tochterunternehmen.
3. Rechtsgrundlage der Hanauer Atombetriebe.
4. Politische Verantwortung der Behörden des Landes Hessen für die Zustände in den Hanauer Atombetrieben und ihre Zusammenarbeit mit den aufsichts- und genehmigungsrechtlich zuständigen Bundesbehörden.
5. Verbindung zwischen politischen Parteien und den Hanauer Atombetrieben.
6. Mögliche Auswirkungen einer dauerhaften Stilllegung der gesamten Hanauer Atomfabriken oder einzelner Hanauer Atomfirmen auf die Energiewirtschaft und die Arbeitsmarktsituation.

Unsere Aufgabe

Trotzdem ist ein Anfang gemacht und wir Grüne im Bundestag und im Landtag werden eine wichtige Rolle in den beiden Untersuchungsausschüssen spielen müssen. Denn die drei anderen Parteien werden ihren "Dreck am Stecken" in diesem Skandal wohl kaum freiwillig offenbaren wollen.

Die Redaktion des "Grünschnabels"
i.A. Peter Best